

# Antrag

**Initiator\*innen:** SPD-Stadtverband Leipzig

**Titel:** **Für eine nachhaltige Reform des  
Verfassungsschutzes und für alternative Wege  
der Stärkung der Demokratie und Bekämpfung  
von Akteuren und Einstellungen  
gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit**

## Votum der Antragskommission

Block Inneres - Kommunales - Recht, nach INI03 vor K01

## Antragstext

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:
- 2 Die SPD setzt sich auf der Ebene des Freistaates und im Bund für die verstärkte  
3 parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes (VS) ein. Zudem wird auf der  
4 Ebene des Freistaates und des Bundes gefordert, dass der Verfassungsschutz sich  
5 nicht als aktive Partnerin im Bereich der politischen Bildung engagiert.
- 6 Auch wenn die Abschaffung des Verfassungsschutzes auf Bundesebene sowie in den  
7 Ländern eigentlich konsequent wäre, wollen wir mit dem Kompromiss einer besseren  
8 Kontrolle, dem Verbot von politischer Bildungsarbeit seitens des Landesamtes für  
9 Verfassungsschutz (LfV) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sowie  
10 der Förderung von besseren Wissenschafts- und Beratungsstrukturen, die das  
11 Agieren des VS in diesen Feldern quasi überflüssig machen.
- 12 Wir stellen fest und fordern die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag auf:

## 13 **1. Nachhaltige Verbesserung der Kontrolle des LfV**

14 Die Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz durch die Parlamentarische  
15 Kontrollkommission (PKK) und andere Strukturen sind weiter auszubauen und zu  
16 verbessern. Dafür fordern wir u.a. die Einrichtung einer unabhängigen  
17 Ombudsstelle, wo Beschwerden und andere Anliegen zum Themenkomplex  
18 Verfassungsschutz im Freistaat vorgebracht und bearbeitet werden.

19 Diese Stelle darf nicht beim LfV angesiedelt sein, sie soll mindestens bei der  
20 Staatskanzlei angesiedelt werden und mit umfassenden Kompetenzen zur Aufklärung  
21 im engen Zusammenwirken mit der PKK ausgestattet sein.

## 22 **2. Transparenz beim Datenskandal**

23 Wir brauchen vollständige Transparenz und Aufklärung durch das Sächsische  
24 Staatsministerium des Innern über Art, Umfang und Zahl der Betroffenen – es darf  
25 kein Verstecken hinter fadenscheinigen Geheimhaltungsargumenten geben, was diese  
26 umfassende Aufklärung betrifft.

27 Es muss eine aktive Benachrichtigung aller Betroffenen durch einen unabhängigen  
28 vertrauensvollen Beauftragten geben. Und nicht erst nach Einreichen eines  
29 Auskunftersuchens bei der Behörde.

## 30 **3. Ausschluss aus Runden Tischen und Sicherheitsnetzwerken**

31 Die Zivilgesellschaft hat seit über 20 Jahren mit dem Agieren des LfV zu tun.  
32 Deren Fazit ist mehr als ernüchternd. Denn Mitglieder des Netzwerks Tolerantes  
33 Sachsen sitzen in verschiedenen Gremien u.a. mit Mitarbeiter\_innen des  
34 Landesamtes für Verfassungsschutz zusammen. Robert Kusche (RAA Sachsen e.V.),  
35 Sprecher des Netzwerks Tolerantes Sachsen: „Dabei fällt regelmäßig auf, dass die  
36 Analysen der ortskundigen Initiativen aufschlussreicher sind als die des  
37 Verfassungsschutzes.“ Vor diesem Hintergrund übernehmen wir hier die Forderung  
38 des Netzwerk Tolerantes Sachsen: Aufgrund des immensen Vertrauensverlusts in den  
39 Verfassungsschutz sollen die Mitarbeiter\_innen des Landesamtes nicht länger an  
40 Gremiensitzungen zwischen Verwaltung, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft  
41 teilnehmen.

## 42 **4. Politische Bildung**

43 Dem Verfassungsschutz wird untersagt, im Bereich der politischen Bildung aktiv  
44 tätig zu werden. Für demokratische Bildungsarbeit und politischer Bildung nach

45 dem Beutelsbacher Konsens sowie anderer Standards der politischen Bildungsarbeit  
46 sind ausreichend Träger und Netzwerke im Freistaat und darüber hinaus vorhanden  
47 und aktiv (u.a. das NDC). Hier fordern wir, diese Strukturen mit einem  
48 „Institutionellen Bildungsfonds“ zu unterstützen, in dem Projekte über einen  
49 Zeitraum von mindestens 5 Jahren gefördert werden können. Der Fonds soll  
50 mindestens 600.000 Euro an finanziellen Mitteln umfassen.

## 51 **5. Wissenschaft und Beratung**

52 Zudem wird sich durch die SPD Sachsens, sowie des Bundes nachhaltig dafür  
53 eingesetzt, dass wir eine noch umfassendere Demokratie-Forschungslandschaft  
54 schaffen und regionale Einstellungsstudien zu Demokratie und gruppenbezogener  
55 Menschenfeindlichkeit erhoben werden.

56 Aus unserer eigenen Erfahrung wissen die lokalen oder regionalen Beratungsteams  
57 der mobilen Beratungsarbeit (z.B. in Sachsen die Mobilien Beratungsteams (MBT)  
58 der Kulturbüros Sachsen) sowie die Opferberatungsstrukturen mehr über  
59 neonazistische, antidemokratische Akteure und Einstellungen sowie die Gefahr  
60 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sachsen.

61 Es gibt also Alternativen zum dürftigen Wissensbestand des Verfassungsschutzes.  
62 Dieses liegt in der Zivilgesellschaft und den Netzwerkstrukturen wie dem  
63 Netzwerk Tolerantes Sachsen, dass es auch schon seit über 20 Jahren gibt.

64 Gleichzeitig gibt es an den Hochschulstandorten Leipzig, Dresden sowie Chemnitz  
65 vorhandene Forschungscluster, die zu Demokratie und politischer Devianz  
66 exzellent forschen und publizieren und ihre Er. Gerade das neue Else-Frenkel-  
67 Brunswik-Institut (EFBI) treibt bundesweite Rechtsextremismus- und  
68 Demokratieforschung voran. Das Institut setzt sich insbesondere für den  
69 Erkenntnistransfer innerhalb der Forschung sowie zwischen Wissenschaft und  
70 Zivilgesellschaft, Fachpraxis, Politik, Medien sowie der Öffentlichkeit ein.  
71 Solche Forschungsinstitute sind auch in Chemnitz und Dresden weiterzuentwickeln  
72 und auf sächsischer Ebene so zu vernetzen, so dass eine umfassende Forschung und  
73 Analyse zu den Problemlagen politischer Devianz und den Herausforderungen der  
74 Demokratie entsteht.

75 Dieses Demokratie-Forschungscluster muss sich dann mit der Zivilgesellschaft und  
76 ihren Netzwerken sowie der zuständigen Polizei im Bereich Staatsschutz vernetzen  
77 und austauschen. Hier ist ein mehrmals im Jahr stattfindender Austausch zu  
78 institutionalisieren.

79 Zudem fordern wir die jährliche Erhebung und Umsetzung des Sachsen-Monitors, der

80 in seinen bisherigen Auflagen sehr wichtige Ergebnisse zu der politischen  
81 Einstellung von sächsischen Bürger\*innen im Bereich Demokratie und andere  
82 Themengebiete geliefert hat.

83 Wenn diese Forschungs- und Beratungslandschaft dann im Laufe der nächsten fünf  
84 bis zehn Jahre auf- und ausgebaut ist, kann spätestens dann auf die Expertise  
85 des LfV in diesem Bereich verzichtet werden.

86 Auf Bundesebene ist die Existenz eines Bundesverfassungsschutzes weiterhin  
87 denkbar und vielleicht auch notwendig, wenn auch kritisch zu begleiten. So wie  
88 der Militärische Abschirmdienst (MAD) und der Bundesnachrichtendienst (BND)  
89 sollte der BfV hier einer nachhaltigen Kontrolle unterzogen werden und auch dort  
90 bei seinen Rollen und Aktivitäten immer wieder kritisch beleuchtet werden.

## **Begründung**

91 erfolgt mündlich